

the Knowledge Economy in Beijing, vom 24. bis zum 26.4.03 ausrichten. (XNA, 10.1.03) -schü-

### 23 Neue Zollsenkungen für 2003

Zum 1.1.2003 werden die Einfuhrzölle von durchschnittlich 12% im Jahre 2002 auf 11% in diesem Jahr reduziert. Die Zahl der Zolltarifpositionen wird dabei um 129 auf 7.455 erhöht. Für Industrieprodukte wird der durchschnittliche Zollsatz auf 10,3% und für Agrarprodukte auf 16,8% sinken. Für mehr als 110 Produkte werden die Zölle gänzlich abgeschafft.

Die Veränderung der Zollsätze für die wichtigsten Industrieprodukte sieht wie folgt aus:

- Maschinenbauerzeugnisse (von 9,6% auf 8,6%)
- Elektronische Produkte (von 10,7% auf 9,9%)
- Textilien und Bekleidung (von 17,6% auf 15,2%)
- Transportausrüstungen (von 17,4% auf 15,9%)

Einfuhrquoten bestehen weiter für zehn Kategorien von Agrarprodukten, darunter Weizen, Sojabohnenöl und Zucker. Auch für Chemiedünger bleiben die Einfuhrquoten bestehen.

Die für 2003 bestimmten Importquoten für lokale Unternehmen betragen für

- Weizen 8,65 Mio. t
- Mais 6,33 Mio. t
- Sojaöl 2,62 Mio. t
- Palmöl 2,5 Mio. t
- Rapsöl 918.600 t

Für die Lebensmittelverarbeitung gelten spezielle Quoten (für Weizen 400.000 t; für Mais 200.000 t; für Sojaöl 200.000 t; für Palmöl 100.000 t; für Rapsöl 100.000 t).

Aus Sicht von Analysten beeinflussen die Quoten die Agrarmärkte nur in einem beschränkten Umfang, da die

Nachfrage mehr durch die Rohstoffpreise und die Eigenproduktion bestimmt wird.

Entsprechend dem WTO-Beitrittsprotokoll muss China bis zum Jahre 2005 die Zölle auf durchschnittlich 10% senken. Dann wird China auch auf Importquoten für Agrarprodukte verzichtet.

Zum 1.1.2003 wird China auch die Importinspektionsanforderungen für eine Reihe von Produkten verändern; dies kommt einem Abbau der nichttarifären Handelshemmnisse gleich. Insgesamt wird damit die Liste der Produkte, für die Importquoten und Importlizenzen gelten, auf 45 Produkte reduziert.

Bei den Produkten, die nicht mehr der Importquoten- und Importlizenzenpflicht unterliegen, handelt es sich um elektrische und mechanische Erzeugnisse wie Hubkolbenmotoren und Kolbenverbrennungsmotoren, Kranwagen, Fahrgestelle für Kfz, Fotoapparate und Armbanduhren. Die Importquoten und Importlizenzenpflicht gilt weiter für Kfz zur Beförderung von zehn und mehr Personen wie bestimmte Pkw und Lkw. Für rd. 110 Produkte wird der Zollsatz auf Null gesenkt, wie z.B. für Faxgeräte, Kopfhörer, Festnetz-Telefone, Piepser, Tastaturen und Computer-„Mäuser“. (NfA, 6.1., 20.1.03; FBIS, 2.1.03)

Trotz der Zollsenkungen im letzten Jahr lagen die Zolleinnahmen im Jahre 2002 bei 259,067 Mrd. Yuan (31,21 Mrd. US\$), ein Anstieg um rd. 4% gegenüber 2001. Ursache dieser Entwicklung ist die Ausweitung der Importe sowie die Reduzierung von Schmuggel und Steuerumgehung. (XNA, 4.1.03) -schü-

---



---

## Binnenwirtschaft

---



---

### 24 Nationale Arbeitskonferenz zur ländlichen Entwicklung

Anfang Januar endete die zweitägige nationale Arbeitskonferenz zur ländlichen Entwicklung mit dem Aufruf, der Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Gebiete Priorität

beim Aufbau einer Wohlstandsgesellschaft einzuräumen und die Landwirtschaft und Bauern stärker zu unterstützen. Die „drei ländlichen Probleme“ (Landwirtschaft, ländliche Gebiete und niedrige Einkommen der Bauern) müssten gelöst werden, um eine nachhaltige, schnelle und gesunde gesamtwirtschaftliche Entwicklung herbeizuführen. Die Mehrheit der chinesischen Bevölkerung lebe auf dem Land und der Lebensstandard der Bauern sei wesentlich niedriger als der Lebensstandard der Städter. Dies treffe auch für das Niveau der ländlichen Bildung, Wissenschaft und Technologie sowie für das Gesundheitswesen zu.

Teilnehmer an der Konferenz waren neben Hu Jintao und Wen Jiabao zahlreiche Mitglieder des Ständigen Ausschusses des ZK der KPCh. Im Konferenzbericht, der die Reden von Hu und Wen zusammenfasst, werden die Leitlinien der ländlichen Politik wiedergegeben. Im Folgenden werden die wichtigsten Grundaussagen dazu vorgestellt.

Chinas Landwirtschaft befindet sich in einer neuen Phase der Entwicklung, in der strategische Anpassungen erforderlich sind und die Bedingungen für das Wachstum verändert werden müssen. Außerdem muss in dieser Phase mit einer Abstimmung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den ländlichen und städtischen Gebieten begonnen werden. In den letzten Jahren wurde bereits mit der Anpassung der Strukturen und der Verbesserung der Einkommen der Bauern angefangen. Erfolge wurden auch beim Aufbau der ländlichen Infrastruktur und beim Umweltschutz erreicht.

Auf der Konferenz wurden vier Bereiche vorgestellt, die bei der Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Entwicklung zukünftig Priorität genießen sollen. Hierzu zählt 1) die Stabilisierung der ländlichen Reformpolitik bzw. die Verpachtung von Nutzungsflächen an die Bauern. Die Bauern müssten als die wichtigsten Marktakteure respektiert werden, die Bodenpolitik und das ländliche Bodenvertragsrecht müssten implementiert und den Bauern langfristige und garantierte Nutzungsrechte gegeben werden. Neben der Stabilisierung der Bodennutzungspolitik

soll die Reform der ländlichen Steuern und Gebühren und des Getreidehandelssystems vorangetrieben werden. Die Regionen, die den An- und Verkauf von Getreide bereits über den Markt durchführten, sollten den Getreidemarkt, die Reform der Getreide(ankaufs)unternehmen und die Anpassung der Agrarstrukturen schneller als andere Regionen durchführen. Die großen Anbauzentren sollten dagegen an dem System des Getreideankaufs zu einem geschützten staatlichen Preis festhalten, jedoch auch mit der Veränderung der Rahmenbedingungen für einen Getreidemarkt beginnen.

Notwendig ist auch die Frage der Subventionierung der Landwirtschaft und der Bauern, um dadurch die Unterstützung für die Landwirtschaft zu verbessern, insbesondere der großen Getreideanbaugebiete. Weiterhin soll die Reform des ländlichen Finanzsektors beschleunigt werden, um mehr Finanzdienstleistungen bereitzustellen und das System der Kreditvergabe zu verbessern. Unter der Bedingung eindeutig definierter Eigentumsrechte müssten die ländlichen Kreditgenossenschaften ihre Reform verstärken: ihre Dienstleistungsfunktion muss sich verbessern, der Staat muss ihnen angemessen zur Seite stehen und die lokalen Regierungen müssen für sie eintreten.

Der zweite Politikbereich ist die Optimierung der Struktur der Landwirtschaft und der ländlichen Wirtschaft und der Aufbau von Wachstumspolen der ländlichen Entwicklung. Hierzu ist die Veränderung der Landwirtschaft mit Konzentration auf hohe Qualität, hohe Erträge, hohe Effizienz, Umweltfreundlichkeit und Sicherheit notwendig. Ziel soll die Steigerung der Einkommen der Bauern und die Modernisierung der Landwirtschaft sein.

Drittens soll die wirtschaftliche und soziale Entwicklung von ländlicher und städtischer Region koordiniert und auf die Rolle der Städte bei der Unterstützung des Landes gesetzt werden. Parteikomitees und Lokalregierungen müssten den Problemen der Landwirtschaft und der ländlichen Gebiete bei der Aufstellung des nationalen Entwicklungsplans Vorrang einräumen. Weitere Anpassungen in der Struktur der Verteilung des National-

einkommens und der fiskalischen Ausgaben zugunsten der Unterstützung für den ländlichen Sektor wären notwendig. Die Mittel sollen in die ländliche Infrastruktur und die Umwelt fließen und eine nachhaltige Entwicklung fördern.

Die Migration der überschüssigen ländlichen Arbeitskräfte in die Städte und nichtlandwirtschaftlichen Sektoren wurde auf der Konferenz als normaler Trend der Industrialisierung und Modernisierung bezeichnet und als Möglichkeit für die Bauern, ihre Einkommen zu verbessern. Es sollten günstige Rahmenbedingungen für die Suche der Bauern nach Arbeit in den Städten geschaffen werden. Hierzu zählten eine faire Behandlung der Bauern in den Städten, eine vernünftige Richtlinienvorgabe der Politik, gutes Management und gute Dienstleistungen. Weiterhin soll der Prozess der Urbanisierung durch den koordinierten Aufbau von großen, mittelgroßen und kleinen Städten beschleunigt werden.

Viertens sollten Fortschritte beim Aufbau der Demokratie und des Rechtssystems sowie der geistigen Zivilisation erzielt werden. Voraussetzung hierfür sei die koordinierte Entwicklung der sozialistischen materiellen Zivilisation, der politischen Kultur und der spirituellen Zivilisation in den ländlichen Gebieten. Unter der Leitung durch das Parteikomitee des Dorfes sollen sich die Autonomiestrukturen der Dorfbewohner entfalten (hierbei sind wohl die Wahlen der Dorfkomitees gemeint). Außerdem sollen fortgeschrittene Ideen und modernes Wissen stärker verbreitet und eingesetzt werden.

Auf der Konferenz wurde auch angekündigt, dass das ZK der KPCh und der Staatsrat entschieden haben, dass von Beginn dieses Jahres an jede zusätzliche Zuweisung aus dem Haushalt für Bildung, Gesundheit, Kultur etc. im Wesentlichen in die ländlichen Gebiete fließen wird, um den Abstand im sozialen Entwicklungsniveau zwischen Land und Stadt zu reduzieren. Vor allem der Bildungs- und der Gesundheitssektor soll stärker gefördert werden. (BBC PF, 8.1.03)

Die Diskriminierung ländlicher Migranten in den Städten ist derzeit eines der brisanten Themen, die von der KPCh und der Regierung aufgegriffen werden. So veröffentlichte der Staatsrat Mitte Januar ein Rundschreiben an alle Lokalregierungen und Ministerien, das die Beschäftigungsprobleme der ländlichen Migranten in den Mittelpunkt stellt. Die Problembeschreibung umfasst die Beschränkung der Beschäftigung in einigen Städten, die Verletzung der legitimen Rechte und Interessen der Arbeiter aus den ländlichen Gebieten, die unrechtmäßige Kürzung ihrer Löhne bzw. die Nichtzahlung von Löhnen sowie die willkürliche Erhebung von Gebühren.

Das Rundschreiben bestätigt die Migration als ein Phänomen, dass mit der Industrialisierung und Modernisierung verbunden ist. Die Beschäftigung der Arbeiter aus den ländlichen Gebieten in den Städten erhöht ihr Einkommen, fördert die Restrukturierung der Landwirtschaft und der ländlichen Wirtschaft, die Urbanisierung und den Wohlstand in den Städten. Die Lösung der Beschäftigungsprobleme der ländlichen Arbeitskräfte in den Städten trägt nicht nur dazu bei, die schnelle und gesunde Entwicklung der Gesamtwirtschaft voranzutreiben, sondern auch die soziale Stabilität in den Städten und in den ländlichen Gebieten zu erhalten.

In dem Rundschreiben werden die Lokalregierungen dazu aufgerufen, das System der Überprüfung und Genehmigung für den Einsatz von Arbeitskräften aus den ländlichen Gebieten in städtischen Unternehmen aufzuheben und die Restriktionen hinsichtlich der Art der Beschäftigung zu beenden. Ziel ist die Einführung einer zeitlich befristeten Aufenthaltsgenehmigung für die ländlichen Arbeitskräfte, auf deren Basis die ländlichen Arbeitskräfte beschäftigt werden können. Diese Arbeitskräfte sollen hinsichtlich technischer Qualifikation, Gesundheit und anderer Aspekte gleichrangig mit städtischen Arbeitskräften behandelt werden. Für das Verfahren, dass die Beschäftigung der ländlichen Arbeitskräfte in den Städten umfasst, dürfen keine zusätzlichen Kosten erhoben werden. Ausnahme bildet die Erstellung der o.g. Beschei-

nigung, dagegen dürfen keine Gebühren willkürlich erhoben werden.

Ein Schwerpunkt des Rundschreibens ist der Verweis auf die Probleme bei der Kürzung von Löhnen bzw. Nichtzahlung von Löhnen an die ländlichen Arbeitskräfte. So sollen von den Unternehmen, die diese Arbeitskräfte beschäftigen, Arbeitsverträge auf der Basis des Arbeitsgesetzes ausgegeben werden. Im Vertrag müssen die Länge der Beschäftigung, die Art der Beschäftigung, Arbeitsschutz und -anforderungen, Entlohnung und gegenseitige Verpflichtungen und Sanktionen bei Nichteinhaltung des Vertrages enthalten sein. Die ländlichen Arbeitskräfte genießen alle Rechte des Arbeitsgesetzes. Wenn die Unternehmen dagegen verstoßen, müssen sie eine Kompensation zahlen. Dies gilt insbesondere für die Zahlung der Löhne. Unternehmen, die Löhne willkürlich kürzen oder nicht zahlen, müssen ihre Verpflichtungen im Nachhinein erfüllen; bei vorsätzlichem Handeln der Unternehmen müssen diese gerichtlich belangt werden.

Das Rundschreiben ruft die Lokalregierungen auf, stärker den Arbeitsschutz für die ländlichen Arbeitskräfte zu überwachen und arbeitsbedingte Krankheiten zu verhindern. Hierzu zählt die Bereitstellung von schützender Arbeitsbekleidung, insbesondere in Bergwerken und auf Baustellen, sowie die entsprechende Ausbildung und die Einbeziehung der Arbeitskräfte in die Arbeitsunfallversicherung. Der Ausbildung von ländlichen Arbeitskräften widmet das Rundschreiben einen besonderen Abschnitt. Diese soll zukünftig verstärkt gefördert werden, und es sollen besondere Pläne für die Qualifikation der ländlichen Arbeitskräfte aufgestellt werden. Hinsichtlich der Ausbildung der Kinder ländlicher Arbeitskräfte ist vorgesehen, dass diese in den lokalen öffentlichen Grund- und Sekundarschulen eingeschult werden können und wie andere Kinder behandelt werden sollen.

Die Lokalregierungen, in deren Bereichen die ländlichen Arbeitskräfte arbeiten, müssen sich dem Rundschreiben zufolge auf der Basis gesetzlicher Bestimmungen um die Migrationsbevölkerung kümmern. So soll das

Amt für öffentliche Sicherheit termingerecht die befristete Aufenthaltsgenehmigung ausstellen und zusammen mit dem einstellenden Unternehmen sowie der lokalen Gemeinschaftsorganisation (eigene Ergänzung: z.B. das Straßenkomitee) mit dem Ziel zusammenarbeiten, den ländlichen Arbeitskräften die gesetzlichen Pflichten und Disziplin zu vermitteln und kriminelles Verhalten zu vermeiden. Die ländlichen Arbeitskräfte und ihre Familien sollen eingebunden werden in die staatliche Familienplanung, die Ausbildung der Kinder, das Gesundheitssystem für Kinder und Frauen, in die Aktivitäten zur Vermeidung von übertragbaren Krankheiten, in rechtliche Dienstleistungen und in Sicherheitssysteme. (BBC PF, 15.1.03)

Das Ausmaß des Verstoßes gegen arbeitsrechtliche Bestimmungen bei ländlichen Arbeitskräften ist sehr groß. So wurden beispielsweise Anfang Januar 2003 rd. 13.000 Fälle bekannt, in denen die Zahlung von Löhnen an Migranten ausstand. Insgesamt wurden rd. 350 Mio. Yuan an Lohnaußenständen für 626.000 ländliche Arbeitskräfte in den Städten eingetrieben. (BBC EF, 22.1.03)

In einigen Fällen war es zu teilweise gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen ländlichen Arbeitskräften und Unternehmen gekommen, insbesondere kurz vor Beginn des Chinesischen Neujahrs. So demonstrierten beispielsweise mehrere Hundert Bauern vor einem luxuriösen Villenkomplex im Nordosten von Beijing und forderten die Ausbezahlung ihrer Löhne. In Shenzhen drohten ein Dutzend Arbeiter damit, sich vom Dach eines halbfertigen Hochhauses zu stürzen, wenn ihnen die Löhne nicht ausgezahlt würden. In einer Befragung der Nachrichtenagentur Xinhua bei Migranten in Beijing, Zhejiang und Anhui wurde deutlich, dass 72,5% Probleme hatten, ihre Löhne zu erhalten. (BBC PF, 23.1.03)

Zusammenfassend leitet die auf der Konferenz zur ländlichen Arbeit angekündigte neue Politik eine Kehrtwende ein, da sie erstmals explizit die Rechte der ländlichen Arbeiter mit denen der Städter gleichsetzt. Bisher musste immer von einem stark segmentierten Arbeitsmarkt ausgegangen

werden, in denen die ländlichen Arbeitskräfte in den Städten mit offizieller Zustimmung stark diskriminiert wurden. Allerdings ist es fraglich, ob die Behörden vor Ort die richtigen Vertreter der Interessen der Migranten sind, da die Benachteiligung dieser Gruppe bisher auch mit Zustimmung dieser Behörden erfolgt ist.

Obwohl es gegen die gesetzlichen Bestimmungen verstößt, ist es oftmals die Praxis, dass viele städtische Unternehmen einen Teil der Löhne ihrer ländlichen Arbeitskräfte zurückhalten. Damit wollen sie u.a. garantieren, dass diese auch nach dem Besuch ihrer Familie auf dem Lande wieder zurück in die Fabrik kommen. -schü-

## 25 Erneute Überhitzung des Immobilienmarktes?

Chinesische Analysten weisen auf Zeichen einer erneuten Überhitzung des Immobilienmarktes hin. Hierzu zählt, dass die Nachfrage nach privatem Wohnungseigentum in vielen Städten trotz hoher Preise weiter steigt. In Shanghai beispielsweise sollen Wohnungen in zentraler Lage, deren Fertigstellung erst für März 2004 vorgesehen ist, bereits innerhalb weniger Tage ausverkauft gewesen sein.

Hintergrund der ungebrochenen Nachfrage sind die boomende Wirtschaft, steigende Einkommen, der leichtere Zugang zur Finanzierung von Wohnungseigentum durch Bankkredite und die Kommerzialisierung des Wohnungsmarktes. Die schnell steigenden Preise für privates Wohnungseigentum beunruhigen die Regierung, die versucht, die Marktüberhitzung einzudämmen. So hat beispielsweise die Zentralbank im letzten Monat angekündigt, die Hypothekenkreditpolitik der Banken zu überprüfen. Weiterhin will das Bauministerium den Verkauf von Immobilien vor ihrer Fertigstellung stärker regulieren.

Dem Immobilienmarkt wird eine Schlüsselrolle für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung zugeschrieben. So entfiel auf diesen Sektor zwischen Januar bis November 2002 ein Anteil von 24% an den gesamten Anlageinvestitionen. Mit dem Kauf von Immobilien sind außerdem positive

Effekte auf andere Branchen verbunden, insbesondere auf den Markt für Inneneinrichtungen und Haushaltsgeräte. (AWSJ, 19.1.03)

Hinweise auf eine Überhitzung des Immobilienmarktes werden von Hongkonger Analysten nicht gesehen. Die Märkte der Metropolen Beijing, Shanghai, Guangzhou und Shenzhen seien gut entwickelt und wiesen im Wesentlichen ein Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage auf. Die Preisbewegungen werden als normal angesehen und es wird von einer erfolgreichen Regulierung des Marktes durch verschiedene Reformen des Wohnungsmarktes, einschließlich der Beschränkung des Bodenangebots seit 1999 gesprochen. Nach Angaben der Immobilienberatungsfirma DTZ Debenham stieg im letzten Jahr der Umfang der Transaktionen von privatem Wohneigentum in Beijing um 58%; die gesamte Fläche belief sich auf 17,8 Mio. Quadratmeter. In Shanghai wurden im Jahre 2002 rd. 20,8 Mio. Quadratmeter privates Wohneigentum verkauft.

In Guangzhou stieg im letzten Jahr die Nachfrage nach privatem Wohneigentum um 7%, Shenzhen verzeichnete eine Zunahme um 4%. In Guangzhou wurde eine Stabilisierung der Preise für Wohneigentum zwischen 3.000 Yuan bis 7.000 Yuan pro Quadratmeter beobachtet. (SCMP, 15.1.03) Um eine mögliche Überhitzung des Immobilienmarktes zu vermeiden, kündigte die Guangdonger Regierung an, das Angebot von Boden für den Wohnungsbau zu beschränken. Nach Einschätzung von Ma Jing, Leiter der Zentralbankniederlassung in Guangdong, gibt es nur schwache spekulative Überhitzungstendenzen im Immobilienmarkt von Guangzhou und Shenzhen. Der Markt operiert im Allgemeinen normal, nur bei den sehr teuren Wohnungen gebe es ein Überangebot. (SCMP, 16.1.03)

Bauminister Wang Guangtao kündigte Anfang Januar 2003 auf einer nationalen Konferenz zum Bauwesen an, dass sich die Regierung stärker darum kümmern wird, dass der Immobilienmarkt in diesem Jahr eine gesunde Entwicklung nehmen wird. So sollen den Wohnungsbauunternehmen und Käufern mehr Richtlinien

und Unterstützung angeboten werden, um eine ausgeglichene Entwicklung von Wohnraumerstellung und Verkäufen zu garantieren. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen Marktanalysen erstellt und das Prognose- und Informationssystem verbessert werden. Weiterhin sollen die behördlichen Genehmigungsverfahren bei Immobilienprojekten verstärkt und solche Projekte mit unzureichender Kapitalausstattung und nicht qualifizierte Unternehmen strenger kontrolliert werden. Auch Projekte, die den Bau von Luxuswohnungen, Villen und Freizeitanlagen vorsehen, würden in diesem Jahre stärker überwacht.

Bis Ende 2002 stieg die Pro-Kopf-Wohnfläche in den Städten auf 21,5 Quadratmeter an. Es wird mit einer Zunahme der Pro-Kopf-Wohnfläche auf 22 Quadratmeter bis zum Jahr 2005 und auf 25 Quadratmeter bis zum Jahr 2010 gerechnet. (XNA, 7.1.03) -schü-

## 26 Zentralbank veröffentlicht Bestimmungen zur Bekämpfung der Geldwäsche

Auf ihrer Homepage veröffentlichte die Zentralbank am 13.1.2003 Regeln zur Bekämpfung der Geldwäsche durch Finanzinstitute, die zum 1.3.2003 in Kraft treten werden.

Die Bestimmungen definieren zunächst Geldwäsche als jede Tätigkeit, durch die illegale Einkommen und Gewinne aus kriminellen Aktivitäten wie Drogenhandel, Bandenkriminalität, terroristische Akte, Schmuggel oder sonstige kriminelle Delikte legalisiert werden. Die Finanzinstitute und ihre Beschäftigten werden dazu angehalten, diese Regeln zu beachten und mit den Behörden zu kooperieren, um Geldwäsche zu verhindern. Hierzu können Untersuchungen durchgeführt, die Konten verdächtiger Kunden eingefroren oder der Transfer von diesen Konten ausgesetzt werden.

Die Zentralbank wird in den Bestimmungen als die Überwachungsbehörde für die Bekämpfung der Geldwäsche durch Finanzinstitute ausgewiesen. Sie soll eine Führungsgruppe zur Überwachung dieser Aufgabe gründen, die überwachende Funktio-

nen ausübt, Untersuchungen durchführt und Strategien formuliert sowie konkrete Politikmaßnahmen bestimmt. Die Führungsgruppe in der Zentralbank wird außerdem ein Überwachungssystem zur Kontrolle der Transaktionen einführen und im internationalen Kampf gegen Geldwäsche mit ausländischen Institutionen kooperieren.

Die State Administration of Foreign Exchange (SAFE) wird verantwortlich sein für die Überwachung größerer Geldtransaktionen oder verdächtiger ausländischer Devisentransaktionen und soll hierfür ein Kontrollsystem einrichten. Die Bestimmungen legen außerdem fest, dass die Finanzinstitute interne Abteilungen aufbauen müssen, die auf die Bekämpfung der Geldwäsche spezialisiert sind. Die Bestimmungen (Artikel 10 und 11) legen fest, dass die Finanzinstitute ein System zur Überprüfung der Identität der Kunden einrichten müssen und keine anonymen Konten einrichten dürfen. Bei der Eröffnung von Konten müssen die Banken sich die Ausweise der Kunden vorlegen lassen.

Niederlassungen der Finanzinstitute müssen hohe Transaktionen der lokalen Banken an die Zentralbank oder die SAFE melden. Bei Verdacht auf kriminelle Aktivitäten müssen diese dem lokalen Büro für öffentliche Sicherheit berichtet werden.

Die Zentralbank wird die Finanzinstitute warnen, die sich nicht an die Vorgaben der Bestimmungen hinsichtlich Einrichtung einer speziellen Abteilung zur Bekämpfung der Geldwäsche, gültiger Dokumente für Transaktionen institutioneller Kunden, Informationen über Konten und Transaktionen bzw. von Transaktionen mit einem großem Volumen bzw. verdächtige Transaktionen halten. („Rules for Anti-Money Laundering by Financial Institutions“, in: <http://www.pbc.gov.cn/english/xinwen/?id=244>)

Die neuen Richtlinien der Zentralbank sollen einem Bericht des *Asian Wall Street Journal* vom 15.1.2003 zufolge von den Banken und anderen Finanzinstituten verlangen, Transaktionen von Einzelpersonen ab einem Wert von mehr als 100.000 US\$ und von Unternehmen von mehr als 500.000 US\$

zu melden. Werden die Transaktionen nicht gemeldet, müssen die Finanzinstitute bis zu 30.000 Yuan (3.624 US\$) Strafe zahlen.

Zhao Xijun, Professor an der School of Finance der Volksuniversität, wies auf drei typische Stufen bei der Geldwäsche hin. Zunächst würden die illegalen Mittel über Einlagen bei Finanzinstituten, über Banküberweisungen oder andere Kanäle angelegt. Der nächste Schritt sei die Verteilung der Mittel auf verschiedene Aktivitäten und drittens die Nutzung legitimer Transaktionen, um die illegalen zu verbergen. Im Allgemeinen umfassen die illegalen Geschäfte Schmuggel, Erpressung, Diebstahl, Betrug und sonstige kriminelle Delikte. Zur Geldwäsche werden oftmals Devisenmärkte, Aktienhändler, Goldmärkte, Kasinos, Versicherungs- und Handelsgesellschaften sowie Banken, Freihandelszonen und elektronische Geldtransaktionen benutzt. (FBIS, 24.1.03)

Die Frage der Geldwäsche ist seit einigen Jahren ein Thema, dass die Zentralbank aufgegriffen hat. Im Oktober 1997 wurden dazu bereits Bestimmungen veröffentlicht, die insbesondere Banken betrafen, einschließlich die Einrichtung von Bankkonten. Im September 2002 fand ein Treffen der Präsidenten der Geschäftsbanken zum Thema Geldwäsche statt, an dem auch das Ministerium für öffentliche Sicherheit und das Finanzministerium teilnahmen. Im Anschluss daran gründete die Zentralbank ihr eigenes Büro zur Bekämpfung der Geldwäsche und zur Überwachung verdächtiger Transaktionen. (FBIS, 24.1.03)

Die Zentralbank soll außerdem eine Warnung veröffentlicht haben, dass der Zufluss von Kapital in den nunmehr offenen B-Aktienmarkt für inländische Kunden auch Gefahren berge. Die Aufsichtsbehörden sollen wiederholte Devisen-Kreditaufnahmen kontrollieren, die zur Finanzierung von Spekulationsgeschäften im B-Aktienmarkt erfolgen. (AWSJ, 15.1.03) -schü-

## 27 Shanghai: Zweistelliges Wachstum auch in 2002

Shanghai hat sich auch im Jahre 2002 als die führende Wirtschaftsmetropole erwiesen und konnte mit einem Wachstum von rd. 11% sein zweistelliges Entwicklungstempo fortsetzen. Vor allem der Dienstleistungs- und Immobiliensektor waren die Motoren dieses schnellen Wachstums; ihre Wachstumsraten lagen bei 17% und 14%. (XNA, 5.1.03)

Das Entwicklungstempo im Industriesektor war ebenfalls sehr schnell. Der Industrieoutput stieg zwischen Januar bis November 2002 um rd. 13%, die industrielle Wertschöpfung nahm um 12,5% zu. Der Gewinn der Unternehmen nach Steuern belief sich auf rd. 50 Mrd. Yuan, eine Zunahme um rd. 10%. (XNA, 16.1.03)

Shanghai konnte seine Funktion als internationales Finanzzentrum weiter ausbauen. So hatten sich bis Ende 2002 bereits 77 ausländische Finanzinstitute in Shanghai angesiedelt. 30 ausländische Banken hatten die Genehmigung, Transaktionen in chinesischer Währung durchzuführen. (XNA, 20.1.03)

Shanghai war auch in 2002 das Zentrum des Tourismus in China. Insgesamt reisten 2,7 Mio. ausländische Besucher nach Shanghai. Deviseneinnahmen aus dem Tourismus in Shanghai beliefen sich auf rd. 2 Mrd. US\$, ein Anstieg um 30% gegenüber dem Vorjahr. (XNA, 4.1.03)

Ein wichtiger Wirtschaftsfaktor war der Hafen, der im letzten Jahr rd. 260 Mio. t Güter umschlug. In diesem Jahr soll vor allem der Schwerpunkt auf die Verbesserung der Hafenverwaltung gelegt werden. (XNA, 28.1.03)

Zwischen 1998 und 2002 flossen rd. 34 Mrd. US\$ an vertraglich vereinbarten Direktinvestitionen nach Shanghai. Im letzten Jahr konnte die Stadt rd. 10,5 Mrd. (43%) vertraglich zugesagter Direktinvestitionen absorbieren; der Umfang der tatsächlich realisierten Direktinvestitionen belief sich auf rd. 5 Mrd. US\$ (+14%). (XNA, 17.1.03)

Shanghais Attraktivität für ausländische Investoren ist in den letzten Jahren gestiegen, sodass die Metropole

neben dem Perlflossdelta in Südchina der wichtigste Standort geworden ist. (HB, 27.1.03) -schü-

---



---

## SVR Hongkong

---



---

### 28 Regierungserklärung Tung Chee-hwa – Neue Hiobsbotschaft, neues Format

Die ursprünglich wie jedes Jahr im Oktober 2002 erwartete Regierungserklärung (*zhengzhi baogao/policy address*) gab Tung Chee-hwa verspätet am 8. Januar vor der Legislativversammlung ab. Wie im Oktober offiziell verlautbart worden war, hatte man die erste Regierungserklärung der zweiten Amtszeit des *Chief Executive* um drei Monate hinausgeschoben, um der neuen Regierungsmannschaft mehr Zeit für die politische Abstimmung zu geben und die Bekanntgabe näher an den Termin der für März anberaumten Haushaltsbeschlüsse zu rücken (vgl. C.a., 2002/10, Ü 36, 2002/11, Ü 36).

Ein weiterer offensichtlicher Grund für die Verschiebung war aber sicherlich auch die Tatsache, dass Tung Chee-hwa angesichts der anhaltend schwierigen wirtschaftlichen Lage Hongkongs allzu unangenehme Nachrichten zu verbreiten hatte. Nicht zu verbergen war dabei, dass sich die Situation seit 1997, als Tung Chee-hwa seine erste Regierungserklärung abgegeben hatte, stetig verschlechtert hat und – trotz aller zweckoptimistischer Rhetorik – keine Patentrezepte zur Lösung der immer gravierenderen Probleme zur Verfügung stehen. Im Rückblick haben die Regierungserklärungen seit der Rückgabe Hongkongs ihren Charakter deutlich gewandelt. 1997 wurde die großartige Zukunft der SVR gefeiert, die sich ihrer Werte durchaus bewusst war: „civilized, prosperous, stable and democratic, filled with new vitality“. 1998 wurden angesichts der Asienkrise zukunftssträchtige Wachstumswege gewiesen; die Hoffnung sah man dabei vor allem in innovativen Technologien. 1999 stellte die Regierung unter dem Titel „Quality People, Quality Home“ umfangreiche Investitionen in den Bereichen Bildung und